

Hahn: Zahlen die Chinesen doch noch?

Rheinland-Pfalz. Könnte es in der Verkaufsgeschichte des Flughafens Hahn erneut zu einer Wende kommen? Der chinesische Investor Shanghai Yiqian Trading (SYT) ist möglicherweise nach wie vor gewillt, den vereinbarten Kaufpreis von 13,5 Millionen Euro an den Mehrheitsgesellschafter Rheinland-Pfalz zu zahlen. Das geht aus einer Antwort der Regierung auf eine kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Martin Brandl hervor, die unserer Zeitung vorliegt.

Von unserem Redakteur Dietmar Brück

Kaufvertrag angefochten

Nachdem eine gefälschte Bankbestätigung aufgefliegen war, hat die Landesregierung den bestehenden Kaufvertrag vom 2. Juni 2016 angefochten. Ein entsprechendes Schreiben an die SYT wurde am 8. Juli per Kurierdienst versandt und am 11. Juli zugestellt, teilte Innenstaatssekretär Randolph Stich (SPD) mit. Die SYT bestätigte durch ihren Generalbevollmächtigten, den Piloten Yu Tao Chou (Rufname: Viktor), den Erhalt der Dokumente. Aus dem Schreiben geht aber auch hervor, dass die SYT weiter zahlen will und um Aufschub bis Ende Juli bat. Diese Frist ist verstrichen.

Nach Informationen unserer Zeitung waren allerdings maßgebliche Kräfte bei der Shanghai Yiqian Trading auch noch im August bemüht, das Geld aufzutreiben und zu überweisen, um letztlich vertragstreu zu bleiben. Sollte dies den Chinesen tatsächlich gelingen, beispielsweise um einem juristischen Nachspiel zu entgehen, würde die Landesregierung vor einem unerwarteten Problem stehen. Der Vertrag zum Verkauf der Housing, also der Ex-Militärgebäude am Hahn, ist zwar inzwischen nichtig. Die Übereignung des Hunsrück-Airports wurde aber in einem separaten Vertragswerk geregelt. Und da laufen die Zahlungsfristen deutlich länger.

Bringen die Chinesen das Geld noch, dürften sie auf den Erwerb des Flughafens pochen, obwohl Landesregierung und Beratungsgesellschaft KPMG den Verkaufsprozess neu gestartet haben. Pikanter geht es nicht. Denn einen langwierigen Rechtsstreit kann das Land sich nicht leisten, weil der Flughafen kurz vor der Pleite steht. Die ausverhandelte Gesamtsumme, die die Chinesen laut Vertrag aufbringen wollten, lag übrigens bei satten 27 Millionen Euro. Darin waren allerdings auch die Housing und ein finanzieller Grundstock für erste Investitionen enthalten.

Rechtsstreit höchst hinderlich

Die positive Fortführungsprognose, deren Fehlen eine Insolvenz nach sich ziehen würde, steht an. Sie kann nur erfolgen, wenn der Flughafen eine einigermaßen gesicherte Perspektive mit einem verlässlichen Käufer hat. Dieser dürfte bei einer unsicheren Rechtslage erst recht nicht mehr zu finden sein. Von daher kann das Land nur hoffen, dass die Chinesen keinen Cent mehr überweisen, wofür einige Indizien sprechen. Entschieden ist die Sache noch nicht.

Aus Regierungskreisen hört man, dass man den Prozess, der Klarheit mit Blick auf die Fortführungsprognose schafft, eventuell mit Ach und Krach bis Anfang/Mitte

September ziehen könnte. Doch eigentlich müsste früher über die Zukunft des klammen Flughafens entschieden werden. Die zuständigen Wirtschaftsprüfer der Dornbach GmbH können es sich kaum leisten, den Zeitplan für ihr Testat nach politischer Opportunität auszurichten. Und Hahn-Geschäftsführer Markus Bunk wird keine Insolvenzverschleppung riskieren wollen. Die Lage ist also ernst.

Derzeit gibt es 15 bis 20 Interessenten. Bis zum 1. September muss klar sein, ob aussichtsreiche Angebote darunter sind. Im Gespräch ist der chinesische Luftfahrtkonzern HNA. Angeblich soll ein zweiter Bewerber mit Substanz existieren. Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) dementierte vehement, bei einem Hahn-Besuch von eher schlechten Aussichten auf einen zahlungskräftigen Investor gesprochen zu haben.

Das Land strebt nach wie vor an, den Flugbetrieb fortzuführen. Nur in diesem Fall dürfen weiter staatliche Beihilfen in Millionenhöhe fließen. Für einen reinen Immobilienvermarkter oder Immobilienfinanzierer ist der Flughafen eher unattraktiv. Wer auf die fliegerische Nutzung verzichtet, muss als neuer Eigentümer der Flughafengesellschaft FFHG dem Hahn-Wartungsunternehmen Haitec 7,7 Millionen Euro überweisen. Diese Summe wurde beim Bau der ersten Firmenhalle 2013 festgeschrieben.

Liquidierung war früh Thema

In Ministerien und Staatskanzlei wurde auf Arbeitsebene übrigens intern bereits vor Monaten über eine mögliche Liquidierung des Flughafens nachgedacht - und auch über eine Abstufung zum reinen Verkehrslandeplatz, von dem nur noch gelegentlich Maschinen starten und landen. Scharf durchgerechnet wurden diese Modelle allerdings nie. Wohl auch aus politischen Erwägungen heraus.

Copyright © Rhein-Zeitung 2016. Texte und Fotos von Rhein-Zeitung.de sind urheberrechtlich geschützt. Weiterverwendung nur mit Genehmigung, siehe Impressum.